

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

Status: Modifiziert

LA: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

Antragstext

1 **Mut zur Freiheit**

2 **Unsere Vision für ein besseres Österreich**

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst
4 überfällig, doch es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach zuschauen und abwarten, sondern sehen uns in der
9 Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm wollen wir
10 aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres Österreich
11 erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragter denn je!

12 **Bildung**

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und mit Eigenverantwortung leben. Gerade
15 deshalb ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen.
16 Österreich muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten,
17 qualitativ hochwertigen und freien Bildungssystem.

18 **Chancengerechtigkeit von Anfang an**

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl
22 einlösen können. Mögliche Einrichtungen können dabei Kindergärten oder
23 Kindergruppen, aber auch Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. Die
24 frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat aufgestellt sein, aber
25 strengen Qualitätskontrollen unterliegen.

26 **Beste Bildung durch freie Schulen**

27 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und
28 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil
29 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitgetreten und weil Lernen unter
30 den richtigen Bedingungen Spaß macht.

31 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu verwirklichen, ist die Schulautonomie. Dabei
32 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese
33 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule
34 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die
35 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.
36 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges
37 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft
38 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -
39 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

40 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der
41 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen
42 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter
43 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite
44 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

45 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und
46 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine
47 mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben Deutsch-,
48 Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie finanzielles
49 Basiswissen ("Financial Literacy") umschließen.

50 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

51 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht
52 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die
53 Lehre muss für Jugendliche zugänglicher und attraktiver gestaltet und durch

54 praxisnahe Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

55 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und
56 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in
57 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.
58 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng
59 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,
60 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch
61 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont
62 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

63 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,
64 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.
65 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und
66 soll weiter ausgebaut werden.

67 **Oxford, Cambridge und LSE, aber in Österreich**

68 Exzellenz soll in den österreichischen Universitäten und Fachhochschulen wieder
69 ihre Heimat finden. Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem
70 Wettbewerb stehen, den sie gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten.
71 Sie sollen selbst zu Trägern ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von
72 Lehre und Forschung sein, sowie Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden
73 und die Mittelverwendung haben. Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen
74 rechtlich keine Unterschiede gemacht werden.

75 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten
76 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten
77 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich
78 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie
79 Forschung sicherstellen.

80 Der Studienzugang kann durch Leistungskriterien geregelt sein, ein Studium darf
81 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie
82 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von
83 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Die Höhe der nachgelagerten
84 Studienbeiträge pro Semester kann staatlich beschränkt werden, der Staat stellt
85 den Studierenden bei Bedarf Niedrigzinsdarlehen zur Verfügung, die während des
86 Erwerbslebens zurückgezahlt werden müssen.

87 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende
88 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der

89 Hochschul:innenschaft freiwillig.

90 **Innovation durch Forschung**

91 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des
92 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die
93 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der
94 Forschungsagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die
95 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären
96 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein
97 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships
98 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche
99 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international
100 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen
101 Welt anziehen.

102 **Lebenslanges Flügelheben**

103 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über
104 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball
105 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absetzbeträge für persönliche
106 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen
107 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

108 **Demokratie und Justiz**

109 Die liberale Demokratie sowie eine unabhängige Justiz gewährleisten Freiheit,
110 Gleichheit und Rechtssicherheit. Um diese Grundsätze zu schützen, müssen wir
111 alles daran setzen, Demokratie und die unabhängige Justiz zu stärken. Der Staat
112 und die Demokratie sollen schließlich immer den Bürger:innen dienen und nicht
113 umgekehrt – wir müssen hier also die höchsten Ansprüche ansetzen und
114 Unabhängigkeit, Mitsprache und Effizienz einfordern.

115 **Demokratie, echte Volksherrschaft**

116 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von der politischen Übermacht
117 zu befreien, braucht es eine echte Föderalismus- und Demokratiereform. Der
118 Bundesrat soll zugunsten eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.
119 Es braucht zudem eine klare Verteilung der Kompetenzen zwischen den
120 verschiedenen Ebenen ohne Doppelgleisigkeiten. Gemeinden sollen dabei - unter
121 Einhaltung einer gewissen Mindestgröße - stark aufgewertet werden, befinden sie
122 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Langfristig sollen

123 so alle Kompetenzen der Landtage auf die Bundes- und Gemeindeebene übertragen
124 werden und die Länder reine Verwaltungseinheiten werden. Durch
125 direktdemokratische Formate sollen Bürger zudem ermächtigt werden, selbst an der
126 politischen Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

127 Die politischen Akteure Österreichs kümmern sich aktuell außerdem leider nur
128 sehr wenig um Sacharbeit, kommen doch immer wieder Wahlen auf unterschiedlichen
129 Ebenen dazwischen. In Zukunft sollen daher alle Wahlen, gleich ob lokal oder
130 bundesweit, innerhalb eines Superwahljahrs stattfinden und eine einheitliche
131 Legislaturperiode von fünf Jahren eingeführt werden.

132 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten
133 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz
134 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich
135 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen.

136 **Trennung von Kirche und Staat**

137 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und
138 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen
139 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen
140 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.
141 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit
142 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt
143 werden.

144 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von
145 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist
146 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.
147 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau
148 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht
149 verpflichtend sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht
150 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte
151 unserer Verfassung vermittelt.

152 **Medien - die vierte Gewalt**

153 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine
154 tragende Säule der liberalen Demokratie. Diese zu gewährleisten ist somit auch
155 primäre Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Praxis der
156 Inseratenkorruption, die Medien in eine starke Abhängigkeit von politischen
157 Akteuren führt, muss daher abgeschafft werden. Eine starke Wettbewerbsaufsicht

158 soll gleichzeitig Medienvielfalt sicherstellen.

159 Der ORF, der aktuell für eine starke Verzerrung auf dem österreichischen
160 Medienmarkt sorgt, soll teilprivatisiert werden. Öffentlich-rechtliche Programme
161 sollen sich insbesondere auf Information, Bildung, Politik und Wissenschaft
162 fokussieren und sich um Meinungsvielfalt bemühen, während Unterhaltungsprogramme
163 auch gut von privaten Anbietern übernommen werden können. Der ORF soll darüber
164 hinaus entpolitisiert werden, eine fünfköpfige Kontrollkommission die politische
165 Unabhängigkeit überprüfen.

166 **Saubere Politik**

167 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik
168 und Verwaltung. Nicht nur soll jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten
169 aller Behörden und politischen Institutionen haben, sondern darüber hinaus soll
170 der Staat, samt seiner Körperschaften und öffentlichen Institutionen, alle
171 Einnahmen und Ausgaben in der Transparenzdatenbank offenlegen. Bei öffentlichen
172 Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare Vergabeverfahren
173 gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von öffentlichen Stellen
174 Transparenz und Objektivität gewahrt werden.

175 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger und repräsentieren
176 sie in unterschiedlichen Rahmen auch, daher sollten für sie besonders hohe
177 Standards gelten. Bei ihrer Angelobung sollen sich daher aller Politiker zu
178 einem Code of Conduct verpflichten, der ihrer Rolle gerecht wird.
179 Interessenskonflikte von Politikern sollen stets offengelegt werden, Treffen von
180 Organisationen, Unternehmen und Interessensvertretungen mit Politikern
181 verpflichtend in einem öffentlich einsehbareren Transparenzregister eingetragen
182 werden. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer Funktion
183 nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine
184 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder dem Staat zufließen.

185 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und
186 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten.

187 **Verwaltung und Digitalisierung**

188 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge
189 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt
190 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden. Gebühren für grundlegende
191 Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur einen unnötigen
192 Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber allen

193 Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der
194 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit
195 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu
196 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

197 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert
198 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen, ein
199 Unternehmen gründen oder eine Ehe schließen möchte, all dies soll mittels
200 weniger Schritte online durchführbar sein. Mittels einer europäischen e-
201 Residency nach estnischem Vorbild sollen auch Personen aus Drittstaaten an der
202 österreichischen Wirtschaft teilnehmen können. Auch im Bereich Wahlen kann
203 Estland als Vorbild dienen, die online Teilnahmemöglichkeit sollte im ersten
204 Schritt auch bei Kammerwahlen eingeführt werden.

205 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

206 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg
207 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat vor allem die
208 junge Generation zu tragen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern
209 wir die Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll
210 nicht nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben
211 zur Schuldenreduzierung bis zur kompletten Entschuldung enthalten. Das
212 Haushaltsbudget soll jeweils über den Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen
213 werden.

214 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die stetig steigenden
215 Staatsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch immens steigende
216 Sozialausgaben. Wir fordern daher die Einführung einer Ausgabenbremse im
217 Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das Ausgabenwachstum nicht die
218 Inflation übersteigen darf, solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des
219 BIP nicht unterschreitet. Außerdem soll das jährliche Budget des Bundes im
220 Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches den einzelnen
221 Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

222 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt
223 werden, allerdings sehen wir es als Pflicht jedes Mitglieds der Gesellschaft,
224 diese nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner
225 unverschuldeten Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen
226 gibt es auch eine Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der
227 Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie
228 wichtige Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und
229 Konsums in der Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im
230 Verfassungsrang festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40

231 Prozent der staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten
232 dürfen, wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben
233 soll.

234 **Justiz und Recht**

235 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass Gesetze eingehalten werden und
236 niemand über dem Gesetz steht – sie schützt die individuellen Rechte und
237 Freiheiten der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Die
238 Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft soll daher dem Justizministerium entzogen
239 und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen werden. Dieser soll auf
240 Vorschlag des Nationalrats ernannt werden und auf eine Periode von sechs Jahren
241 beschränkt sein.

242 Für ein faires Justizsystem ist ein Zugang zum Recht essenziell, daher sind alle
243 Hürden dahingehend abzubauen. Insbesondere Gerichtsgebühren und
244 Rechtsgeschäftsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die
245 Verteidigung des eigenen des Rechts darf nicht zur Strafe werden – nach einem
246 Freispruch soll daher eine volle Entschädigung von Seiten des Staats geleistet
247 werden. Für Anwälte soll zudem Geschäftsfreiheit gelten, insofern soll das
248 Verbot der quota litis abgeschafft werden.

249 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen
250 von ihm oktroyierten Zwängen – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip
251 vor allem zum Schutz vor widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen.
252 Verbrechen ohne Opfer wie beispielsweise Drogenkonsum sind von diesem Standpunkt
253 aus nicht im Strafrecht abbildbar. Zudem ist in Österreich das Gleichgewicht
254 zwischen persönlichen Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit und dem Recht
255 auf körperliche und geistige Unversehrtheit derzeit stark zu Lasten der Freiheit
256 ausgerichtet. Wir fordern daher eine Reform des Strafrechts und die Abschaffung
257 überbordender Tatbestände wie „Beleidigung“ und „Herabwürdigung religiöser
258 Lehren“.

259 **Selbstbestimmtes Leben**

260 Der Staat soll als Garant für Freiheit dienen und diese schützen – viel zu oft
261 schränkt er die eigenen Freiheiten und Möglichkeiten aber ein. Österreich soll
262 ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in seinen Entscheidungen ist
263 und nicht durch (vermeintlich) moralische Zwänge und Regeln eingengt wird.

264 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

265 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das
266 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer
267 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Darüber hinaus urteilt der Staat
268 ungerechtfertigterweise darüber, welche Form der Verantwortungsübernahme
269 unterstützenswert ist und welche nicht. Wir fordern einen einheitlichen
270 rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender, erwachsener
271 Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen und auch alle Rechte und
272 Pflichten haben, die damit einhergehen: die liberale Verantwortungsgemeinschaft.
273 Für diese ist weder eine sexuelle Beziehung noch gemeinsames Wohnen eine
274 Voraussetzung. Sie soll unabhängig von sexueller Orientierung, dem
275 Verwandtschaftsverhältnis zueinander oder der Anzahl jener, die zur
276 Verantwortung bereit sind, geschlossen werden können. Unabhängig von
277 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses
278 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit
279 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften
280 mehrerer erwachsener Menschen einen rechtlich abgesicherten Rahmen.

281 **Freiheit für Geben: Legalisierung der Leihmutterschaft**

282 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die aus unterschiedlichen
283 Gründen nicht in der Lage sind, auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen.
284 Dennoch sind viele von ihnen bereit, die Verantwortung für die Erziehung eines
285 Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch, ein biologisches Kind zu haben.
286 Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum häufig unerfüllt.

287 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.
288 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau das Kind aus, wird jedoch rechtlich
289 nicht als Elternteil des Kindes anerkannt und übernimmt daher nach der Geburt
290 keine Verantwortung für die Erziehung des Kindes. Damit gibt sie anderen
291 Personen die Chance, den Traum der (biologischen) Elternschaft zu verwirklichen,
292 den sie ohne ihre Hilfe nicht erfüllen könnten.

293 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

294 Für viele ist die Geburt des eigenen Kindes die größte Erfüllung, für andere
295 eine absolute Schreckensvorstellung. Schwangerschaften sind nicht immer geplant,
296 und es kommt oft vor, dass Schwangere, beispielsweise aufgrund ihrer
297 Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft haben, ein Kind zu bekommen. Wir
298 erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es die legale Möglichkeit des
299 Schwangerschaftsabbruchs in Österreich gibt.

300 Ohne Angebot keine Möglichkeit: In allen Landeskrankenhäusern, die über eine

301 Gebärstation verfügen, sollen Schwangerschaftsabbrüche prinzipiell möglich sein.
302 Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit haben, die Durchführung eines
303 Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen abzulehnen.

304 **Liberaler Drogenpolitik**

305 Die Kriminalisierung von Drogen verhindert deren Konsum nicht, sorgt aber für
306 Stigmatisierung und birgt einige negative Nebenwirkungen – so entsteht etwa eine
307 zunehmende Beschaffungskriminalität und es kommen verunreinigte und gestreckte
308 Drogen in den Umlauf. Ein verantwortungsvoller Umgang kann nicht durch ein
309 Verbot geschaffen werden, sondern nur durch aktive Bewusstseinsbildung.

310 Jedes Individuum soll selbst entscheiden können, welche Substanzen es
311 konsumiert, daher fordern wir die Legalisierung aller Drogen. In einem freien
312 Markt profitieren Konsumenten durch den legalen Wettbewerb zwischen
313 verschiedenen Anbietern und von der höheren Qualität der Produkte. Gleichzeitig
314 kann der Staat durch das Besteuern der Drogen Geld einnehmen und Kosten
315 einsparen, die ansonsten für die Bekämpfung der Drogenkriminalität entstanden
316 wären – diese neu gewonnenen bzw. freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs-
317 und Präventionsarbeit über die Gefahren von Drogenkonsum eingesetzt werden.

318 Es soll in Österreich außerdem erlaubt werden, Snus gewerblich zu verkaufen. Das
319 derzeitige Verbot ist nicht nachvollziehbar und sorgt davor, dass viele,
320 besonders jüngere, Personen Snus über illegale Kanäle beziehen.

321 **Leistung vor Quote**

322 Quoten stehen den Idealen des Liberalismus diametral gegenüber – Leistung und
323 Kompetenz sollen zählen, nicht das Geschlecht, die ethnische Zugehörigkeit oder
324 vergleichbare Merkmale. Auch sogenannte ‚positive Diskriminierung‘ ist eine Form
325 der Diskriminierung und schränkt die Freiheit Einzelner aktiv ein.

326 (Vermeintlich) Benachteiligte Gruppen sollen stattdessen durch strukturelle
327 Maßnahmen und zielgerichtete Angebote gefördert werden.

328 **Schutz der Privatsphäre**

329 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht
330 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen
331 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine
332 Freizeit verbringt.

333 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir
334 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die
335 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das
336 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht
337 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

338 **E-Sport als Sport anerkennen**

339 In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Videospiele stark weiterentwickelt.
340 Heute gibt es nicht nur eine große Anhängerschaft riesiger Online-Multiplayer-
341 Spiele, sondern auch eine stark kompetitive Szene und große Turniere, die mit
342 herkömmlichen Sportbewerben längst mithalten können. Professionelle E-Sportler
343 trainieren täglich über mehrere Stunden und leisten dabei auch einen hohen
344 körperlichen Einsatz.

345 E-Sport soll daher in Österreich als offizielle Sportart anerkannt und
346 entsprechend gefördert werden. Da es eine große Zahl verschiedener E-Sport-Titel
347 gibt, sollen bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit, taktisches Geschick
348 oder Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand derer die Einstufung
349 einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden kann.

350 **Wirtschaft und Arbeit**

351 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,
352 stellt den Dreh und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,
353 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle
354 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas
355 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg
356 gelegt werden.

357 **Freies Unternehmertum**

358 Übermäßige staatliche Regulierung behindert Fortschritt und macht es für
359 Unternehmer schwer, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Die staatliche
360 Aufgabe muss sich deswegen darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz
361 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in
362 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für
363 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft
364 setzen. Richtschnur soll hierbei der Grundsatz sein, dass jeder Euro an
365 Mehrkosten durch den doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

366 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine

367 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen und so nur noch Gewerbe
368 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen können. Ebenso sind
369 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten von
370 Geschäftsbetrieben sowie Sperrstunden im Gastgewerbe veraltet und gehören
371 abgeschafft. Unternehmer sollen selbst entscheiden dürfen, wann und wo sie ihr
372 Unternehmen betreiben.

373 **Startups und Innovation**

374 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,
375 Wirtschaftswachstum und unternehmerischer Initiative. Sie machen die Wirtschaft
376 diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur Gestaltung der Zukunft
377 bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt allerdings auf viele unnötige
378 bürokratische und finanzielle Hürden. Daher braucht es eine Vereinfachung und
379 Verbilligung von Gründungsprozessen - die Gründung einer Gesellschaft soll ohne
380 hohe Kosten und formale Erschwernisse innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Des
381 Weiteren sollen im ersten Jahr sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei
382 Mitarbeitenden eines Unternehmens entfallen.

383 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der
384 schnell und unbürokratische Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.
385 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der
386 Fonds kann zudem als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups
387 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über
388 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

389 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen
390 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria
391 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte
392 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
393 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur
394 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1
395 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in
396 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer
397 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer
398 befreit werden.

399 **Tschüss Kammerstaat**

400 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der
401 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, aber wir lehnen
402 Zwangsmitgliedschaften nachdrücklich ab. Jeder Mensch sollte das Recht haben,

403 selbst zu entscheiden, wie und von wem er seine Interessen am besten vertreten
404 lassen möchte. Es ist schwer nachvollziehbar, warum jeder Österreicher ab
405 Eintritt ins Berufsleben dazu verpflichtet ist, Geld in Form der Kammerumlage an
406 eine ihm aufgezwungene Interessenvertretung zu zahlen, anstatt die Freiheit zu
407 haben, selbst zu wählen, ob er einer solchen Organisation beitreten möchte oder
408 nicht. Darüber hinaus sind in Österreich verankerte Kammern nicht notwendig, da
409 freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten bieten, sich
410 vertreten zu lassen.

411 Die drastische Senkung der Kammerumlagen ist, insbesondere angesichts ihrer
412 verpflichtenden Natur, sinnvoll. Eine angemessene Senkung würde den finanziellen
413 Spielraum der Bürger erhöhen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit von
414 Unternehmen verbessern, was letztendlich zu wirtschaftlicher Stabilität und mehr
415 unternehmerischer Freiheit führen kann.

416 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

417 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich außergewöhnlich
418 hoch, was die finanzielle Situation vieler Menschen stark negativ beeinflusst.
419 Ein gerechtes Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern
420 minimiert auch die Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner
421 einflussreicher Interessensgruppen. Durch Einfachheit und Effizienz kann das
422 Steuersystem gerecht und transparent gestaltet werden.

423 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%
424 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und
425 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz
426 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen
427 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%
428 besteuert werden.

429 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die
430 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen
431 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft
432 werden. Eine Vermögenssteuer lehnen wir als groben Eingriff in die individuelle
433 wirtschaftliche Freiheit grundsätzlich ab.

434 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll
435 eine Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.
436 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass
437 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent
438 des BIPs übersteigt.

439 **Freie und flexible Arbeitswelt**

440 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und
441 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.
442 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und
443 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften sollen außerdem
444 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue
445 Arbeitskräfte einzustellen.

446 Wir sind entschieden gegen staatliche Eingriffe in Form von gesetzlichen
447 Mindestlöhnen. Solche Vorschriften schaden dem Standort Österreich mehr als sie
448 nützen und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und Produktivität
449 durcheinander. Ebenso halten wir eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-
450 Woche für nicht zweckmäßig. Vereinbarungen sollen zwischen Arbeitnehmer und
451 Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene getroffen werden – um
452 dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten abbilden zu können, soll es
453 einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

454 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als
455 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise
456 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren
457 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der
458 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld
459 übrigbleiben, das sie frei für ein Paket an zusätzlicher sozialer Absicherung
460 ihrer Wahl einsetzen können.

461 **Soziales und Gesundheit**

462 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um
463 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es
464 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch
465 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt
466 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

467 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 468 **Sozialsystems**

469 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt
470 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe
471 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die
472 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales
473 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer

474 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten
475 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

476 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein
477 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt
478 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum
479 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar
480 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte
481 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser
482 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig
483 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem
484 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz
485 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra
486 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche
487 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter
488 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

489 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser
490 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der
491 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und
492 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial
493 verantwortlichste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen
494 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

495 **Fördern und Fordern**

496 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld
497 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten
498 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.
499 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Annahme einer zumutbaren
500 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.
501 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur
502 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle
503 Bildungsschecks ausgegeben werden, die sie für eine Weiterbildung ihrer Wahl
504 einsetzen können.

505 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 506 **Versicherungspflicht**

507 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo
508 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der
509 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die

510 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an
511 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und
512 einem öffentlichen Anbieter.

513 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne
514 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und
515 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann
516 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die
517 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere
518 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

519 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit
520 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den
521 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten
522 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige
523 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

524 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen
525 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und
526 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen
527 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch
528 Pflege zählen.

529 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

530 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention und Pflege
531 aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen
532 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits
533 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die
534 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

535 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.
536 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches
537 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei
538 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder
539 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

540 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr
541 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegendem, -technischem oder pharmazeutischem
542 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr
543 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen
544 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu

545 einem effizienteren Arbeitsablauf.

546 **Der mündige Patient**

547 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des
548 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine
549 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess
550 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam
551 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

552 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende
553 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und
554 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und
555 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht
556 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die
557 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden
558 Medikamenten.

559 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

560 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies
561 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch
562 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während
563 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.
564 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die
565 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen
566 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine
567 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der
568 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte
569 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

570 **Generationengerechtes Beitragssystem**

571 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin
572 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein
573 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.
574 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die
575 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese
576 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der
577 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die
578 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau
579 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung

580 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur
581 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

582 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge
583 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen
584 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro
585 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

586 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und
587 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine
588 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen
589 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit
590 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später
591 abgerufen werden.

592 **Aktienpension**

593 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf
594 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach
595 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser
596 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll
597 ausgeschrieben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen
598 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das
599 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten
600 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der
601 Gelder in der ersten Säule.

602 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.
603 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung
604 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu
605 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,
606 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse
607 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom
608 Kapitalmarkt profitieren zu können.

609 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

610 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und
611 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die
612 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist
613 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

614 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in
615 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger
616 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll
617 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,
618 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere
619 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können. Im
620 Sinne des Home Bias, soll dieser Vorteil nur beim Tausch von rein europäischen
621 Wertpapieren gelten.

622 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in
623 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold
624 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten
625 von Kryptowallets.

626 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und
627 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher
628 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy
629 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische
630 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt
631 werden sollen.

632 **Notmaßnahmen**

633 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich
634 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,
635 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer
636 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik
637 zu mehr Kostenwahrheit im System.

638 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft
639 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen
640 über der ASVG-Höchstpension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich
641 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch
642 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von
643 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese
644 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus
645 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

646 **Wohnen**

647 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein
648 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu

649 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und
650 auch der Traum von Eigenheim, muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar
651 sein.

652 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

653 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit
654 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort
655 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die
656 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

657 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der
658 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus
659 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen
660 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in
661 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft
662 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz
663 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der
664 jungen Generationen.

665 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.
666 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe
667 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollanwendungsbereich des MRG.
668 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere
669 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom
670 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da
671 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse
672 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene
673 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei
674 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in
675 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,
676 um so das Phänomen des so genannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zusätzlich soll
677 die Höhe von Mietpreisen nicht hauptsächlich von ihrer Bestandsdauer abhängt.

678 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was
679 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf
680 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen
681 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese
682 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden
683 Probleme weiter.

684 **Menschen statt Mauern fördern**

685 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener
686 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.
687 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit
688 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.
689 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit
690 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft
691 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

692 **Bauen wir uns günstige Mieten**

693 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen
694 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige
695 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) zu vermeiden und den
696 Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu
697 stellen. Bei sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges
698 Haftungsrecht die überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

699 **Das erste Eigenheim**

700 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies
701 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf
702 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der
703 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der
704 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

705 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder
706 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen
707 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-
708 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine
709 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen
710 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

711 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

712 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich
713 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel
714 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches
715 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss
716 die Vergabe von "sozialen" Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht
717 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen
718 berücksichtigen.

719 **Raumplanung - neu bauen mit Plan**

720 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.
721 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu
722 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden
723 entzogen wird und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

724 Wir stehen zum Prinzip der qualitätsvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss
725 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen
726 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss
727 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität
728 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet
729 werden.

730 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits
731 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken, steuerlich
732 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtlichen Richtlinien, um die Sanierung
733 von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen,
734 vereinfacht werden.

735 **Klima und Umwelt**

736 In einer Zeit, in der der Schutz unseres Planeten zu einer drängenden globalen
737 Herausforderung geworden ist, sehen wir uns in der Pflicht, einen nachhaltigen
738 und zukunftsorientierten Kurs einzuschlagen. Wir setzen uns leidenschaftlich für
739 einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen Freiheiten,
740 wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung unserer Ressourcen
741 basiert. Unser Bestreben ist es, innovative Lösungen zu fördern, die es
742 ermöglichen, Umweltziele zu erreichen, ohne die Entfaltung persönlicher
743 Potenziale und wirtschaftlicher Chancen einzuschränken. Im Einklang mit unseren
744 liberalen Werten stehen wir für eine nachhaltige Zukunft, in der Umweltschutz
745 und individuelle Freiheit Hand in Hand gehen.

746 **Lenkungseffekte nutzen**

747 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, um Anreize für
748 umweltfreundliche Verhaltensweisen zu schaffen. Eine transparente Preisbildung,
749 welche die tatsächlichen Kosten der Energieproduktion und Umweltauswirkungen
750 widerspiegelt, soll Anreize für Konsumenten und Unternehmen setzen, sparsam mit
751 Energie umzugehen und zu nachhaltigen Entscheidungen zu gelangen. Ganz nach dem
752 Motto *all hands on deck*.

753 Wir fordern eine Verlagerung der Steuerlast hin zu umweltschädlichen
754 Steuersubjekten. Da Österreich alleine nur begrenzten Einfluss ausüben kann, ist
755 eine Lösung erforderlich, die für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
756 verbindlich ist. Daher befürworten wir die Einführung eines EU-weiten CO₂-
757 Preises in Kombination mit Maßnahmen zur Förderung von Innovation.

758 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO₂-Zöllen ein, um internationale
759 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann
760 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren
761 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

762 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

763 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf
764 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller
765 Entscheidungsfreiheit basiert. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und
766 erschwingliche Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und
767 unsere Gesellschaft auf eine prosperierende Zukunft ausrichtet.

768 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative
769 Technologien für eine effiziente, erneuerbare und umweltfreundliche
770 Energieerzeugung voranzutreiben. Anreize für private Unternehmen, Hochschulen
771 und Startups sollen geschaffen werden, um den Ausbau von grünen
772 Energietechnologien zu beschleunigen und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
773 Gentechnik und neuartige Züchtungsmethoden wie "Smart Breeding" können ein
774 zukünftiges Instrument sein, Ertragspflanzen resistenter zu machen und
775 Ressourcen wie etwa Wasser effizienter zu nutzen. Ein allgemeiner
776 Bürokratieabbau sowie die Bereitstellung von Risikokapital unterstützt auch
777 innovative Start-ups im Sektor "Green Economy" und stellt ein geeigneteres
778 Mittel zur Umweltpolitik dar als ineffiziente und marktverzerrende Subventionen.

779 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen
780 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,
781 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir
782 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und
783 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den
784 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf
785 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

786 **Naturschutz durch Renaturierung**

787 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für

788 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen
789 Lebensräumen. Dabei geht es darum, durch gezielte Maßnahmen Ökosysteme, die
790 durch menschliche Aktivitäten geschädigt wurden, zu revitalisieren und in einen
791 natürlichen, funktionalen Zustand zurückzuführen. Insbesondere sollen dabei
792 Feuchtgebiete wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie
793 Uferzonen renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der
794 Renaturierung ist das Management invasiver Arten, die die heimische Flora und
795 Fauna verdrängen können.

796 **Gemeinsam gegen die Klimakrise**

797 Um einen effektiven Natur- und Klimaschutz zu gewährleisten, müssen alle
798 gesellschaftlichen Akteure an Bord geholt werden. Eine gut koordinierte
799 Zusammenarbeit zwischen Staat, Gesellschaft und Unternehmen ermöglicht es
800 außerdem, Synergien zu nutzen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Der Staat
801 soll daher eine Plattform schaffen, auf der ein Dialog mit allen Akteuren
802 hervorgebracht werden kann. Transparenz in Bezug auf Natur- und
803 Klimaschutzinitiativen, Budgets und Ergebnisse stärkt das Vertrauen und die
804 Unterstützung der Öffentlichkeit für gesetzte Maßnahmen.

805 Der Staat soll Anreize schaffen, um nachhaltiges Verhalten von Unternehmen zu
806 fördern. Dazu gehören Steuervergünstigungen für umweltfreundliche Praktiken,
807 Subventionen für erneuerbare Energien oder Programme zur Förderung von
808 umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Durch Förderung von Forschung
809 und Innovation im Umweltsektor können neue Technologien und Ansätze entwickelt
810 werden, die Unternehmen in die Lage versetzen, nachhaltiger zu wirtschaften.
811 Staatliche Förderungen für innovative Projekte und Technologiepartnerschaften
812 zwischen Unternehmen und akademischen Institutionen können solche Entwicklungen
813 vorantreiben.

814 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

815 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von
816 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine
817 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,
818 bedrohte Arten geschützt und der Erholungswert für Besucher gewährleistet
819 werden.

820 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und
821 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,
822 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern
823 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die

824 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um
825 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen
826 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.

827 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

828 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die
829 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,
830 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit
831 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten
832 respektiert.

833 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen
834 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Die Nutzung von Smart-City-
835 Technologien und digitalen Lösungen kann die Ressourcennutzung optimieren und
836 eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

837 **Außen- und Verteidigungspolitik**

838 Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig
839 funktionierende Bündnisse und ein gut ausgerüstetes Militär sind. Staaten, die
840 sich abschotten und verschließen, sind die sicheren Verlierer einer
841 fortschreitend, unaufhaltbar zusammenwachsenden Welt. Es ist notwendig, dass
842 Politik, die für die Zukunft geeignet ist, auf globaler Ebene gedacht und
843 grenzübergreifend gestaltet wird. Daher streben wir nach einem vereinigten
844 Europa, das den Wohlstand in einer starken internationalen Gemeinschaft fördert
845 und die Menschenrechte schützt.

846 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

847 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,
848 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer
849 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und
850 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden – die
851 Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ soll sich niemand mehr stellen
852 müssen.

853 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem entsprechend gestärkt werden. Die
854 Kompetenzen der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um
855 beispielsweise die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu
856 ermöglichen, was zu einem faireren Vergabeprozess und Kosteneinsparungen führen
857 würde. Konsularische Aufgaben sollten daher von den Mitgliedstaaten auf die

858 europäische Ebene übertragen werden. Mittelfristig kann das Modell der
859 „Botschaft mit 28 Flaggen“ zu effizienteren Strukturen und vereinfachter
860 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten führen und erhebliche
861 Kosteneinsparungen ermöglichen.

862 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

863 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die
864 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von
865 Maturanten. Ein Berufsheer ist längst überfällig und der richtige Schritt in
866 Richtung einer Armee, die für die Herausforderungen der Moderne gewappnet ist.
867 Das Militär muss ausfinanziert sein und über modernes Equipment und
868 Waffensysteme verfügen, welche es auch zulassen, dass es die verfassungsgemäße
869 Aufgabe der Landesverteidigung wahrnehmen kann.

870 Als überzeugten Europäern ist uns bewusst, dass es ein geeintes und starkes
871 Europa braucht, um gemeinsam gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer
872 Infrastruktur und Terrorismus vorzugehen. Daher wollen wir die Zusammenarbeit
873 der europäischen Nachrichtendienste forcieren. Infrastruktur wie etwa Kraftwerke
874 werden oftmals grenzüberschreitend genutzt und sollen daher auch gemeinsam in
875 europäischer Zusammenarbeit geschützt werden.

876 Auf lange Sicht sind wir für ein gemeinsames europäisches Militär, damit wir die
877 europäische Bevölkerung effektiv beschützen und im Notfall verteidigen können.
878 Diese EU-Armee soll eng mit unseren westlichen Verbündeten zusammenarbeiten. Zu
879 diesem Zweck soll die österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft
880 werden.

881 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen
882 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der
883 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

884 **Freihandel schafft Wohlstand**

885 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern
886 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende
887 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den
888 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.
889 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die
890 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

891 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes

892 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des
893 Binnenmarktes, um den Wohlstand innerhalb Europas weiter zu erhöhen. Außerdem
894 sollen Freihandelsabkommen geschlossen werden, jedoch bedingen diese aufgrund
895 ihrer starken innenpolitischen Auswirkungen transparente und für die Bevölkerung
896 nachvollziehbare Verhandlungen.

897 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten dazu nutzen, um unsere
898 Werte zu exportieren. Daher fordern wir Mindestauflagen für den Abschluss von
899 Freihandelsabkommen, die etwa demokratische Strukturen, die Achtung der
900 Menschenrechte und die Achtung der internationalen Institutionen voraussetzen.
901 Denn mit schmutzigen Händen kann man keinen sauberen Handel betreiben.

902 **Reform internationaler Institutionen**

903 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die
904 Welthandelsorganisation haben oft nicht genug Mittel, um ihren Aufgaben
905 nachzukommen. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen Russland brutal und
906 völkerrechtswidrig sein Nachbarland überfallen hat und China europäische
907 Produkte in Massen kopiert, ist es essenziell, dass internationale
908 Organisationen nicht machtlos zuschauen müssen. Um Rechtssicherheit und Schutz
909 vor staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines
910 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

911 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,
912 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem
913 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu
914 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen
915 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein
916 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend
917 hinterfragt werden.

918 **Vereintes Europa**

919 Die Europäische Union ist der politisch und gesellschaftlich größte Erfolg in
920 der Geschichte unseres Kontinents. Nie war die Bevölkerung so frei, nie gab es
921 so viel Wohlstand und noch nie herrschte über eine so lange Periode Frieden
922 zwischen den europäischen Staaten. Für uns ist ganz klar, dass dieses Projekt
923 nicht nur bestehen bleiben soll, sondern es soll auch weiterentwickelt werden.
924 Die gemeinsamen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können wir nur zusammen
925 als vereintes Europa bewältigen. Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von
926 Europa.

927 **Reform der europäischen Institutionen**

928 Um auch in der Zukunft eine funktionierende EU für unsere und die kommenden
929 Generationen garantieren zu können braucht es dringend Reformen. Am wichtigsten
930 ist dabei die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat. Nur so kann man
931 Autokratien wie Ungarn und Polen den Wind aus den Segeln nehmen und verhindern,
932 dass einzelne Staaten wichtige Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens
933 blockieren.

934 Wir wollen eine starke, selbstbewusste und mutige EU, die das Ansehen ihrer
935 Bürger genießt. Dies kann nur durch transparente und direkte Wahlen garantiert
936 werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen Parlament europaweite
937 Wahllisten aufgestellt werden können und der Kommissionspräsident direkt gewählt
938 werden.

939 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung
940 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der
941 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird
942 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.
943 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in
944 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als
945 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat
946 soll ersatzlos abgeschafft werden.

947 Die Beibehaltung und stringente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips soll
948 sicherstellen, dass die regionalen Bedürfnisse und Unterschiede durch die
949 Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden Ebenen berücksichtigt
950 werden können.

951 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

952 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine
953 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die
954 Mitgliedsstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch
955 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir fordern von der EZB eine
956 härtere Geldpolitik, damit die hohe Inflation der Eurozone wirksam bekämpft
957 werden kann. Wir bekennen uns zu den Maastricht-Kriterien und wollen, dass die
958 Staaten diese in Zukunft wieder achten und umsetzen, um der nächsten
959 Generationen Willen.

960 **Europäisches Asylsystem**

961 Die derzeit stattfindende, unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der
962 großen Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als
963 geeintes und solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses
964 Problem auf einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich
965 eine gesamteuropäische Asyllösung, bei der sich alle Mitgliedsstaaten
966 beteiligen. Deswegen fordern wir eine zentrale Verteilung aller Asylwerber,
967 wobei jeder Mitgliedsstaat sich entscheiden können soll, ob er Asylbewerber
968 aufnimmt oder ob er stattdessen für die Unterbringung zahlt. Asylverfahren
969 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu
970 helfen und Missbrauch zu verhindern.

971 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen
972 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schlepptour das
973 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich
974 alle EU-Staaten beteiligen.

975 **Geregelte Zuwanderung als Chance**

976 Wir sehen geordnete Migration als Chance, unserer demographischen Entwicklung
977 und dem derzeitigen Fachkräftemangel entgegenzutreten. Zuwanderung soll mittels
978 einer reformierten „Blue Card“ gesteuert werden, wobei der Zugang zum
979 Arbeitsmarkt durch die Einführung eines einheitlichen Anforderungskatalogs,
980 zeitlich begrenzte Visa mit der Möglichkeit zur Verlängerung nach erfolgreichem
981 Arbeitsmarkteinstieg sowie die unkomplizierte Erlangung eines Visums bei
982 langfristiger Zusicherung eines Arbeitsplatzes durch einen Arbeitgeber
983 erleichtert werden soll. Eine begrenzte Anzahl von Blue Cards soll nach dem
984 Zufallsprinzip vergeben werden, um die Vielfalt der Zuwanderung sicherzustellen
985 und auch Personen mit geringer Qualifikation eine legale
986 Einwanderungsmöglichkeit zu bieten.

987 **Verantwortung übernehmen - liberale Regierungsarbeit**

988 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses
989 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem
990 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch
991 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte sind gegenüber sturer Ideologie zu
992 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel elf Punkte auf, die im
993 Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden sollen,
994 um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

995 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, damit sich auch die junge Generation
996 durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 997
- die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 998
- die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem der
- 999
- arbeitenden Bevölkerung wieder Spielraum in der Finanzierung des täglichen
- 1000
- Lebens zu geben;
- 1001
- die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt
- 1002
- werden.

1003 **Um Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, dürfen insbesondere

1004 österreichischen Klein- und Mittelunternehmen, dem Rückgrat unserer Wirtschaft,

1005 keine unnötigen Steine in den Weg gelegt werden, daher soll ...

- 1006
- die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe
- 1007
- abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1008
- der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des
- 1009
- Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-
- 1010
- Woche geschwächt werden.

1011 **Um weg von Strebergarten-Sentimenten hin zum italienischen Dolce Vita mit**

1012 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1013
- die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben
- 1014
- werden;
- 1015
- die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe
- 1016
- abgeschafft werden.

1017 **Um erste Schritte in Richtung generationengerechtes Pensionssystem** zu machen,

1018 **soll ...**

- 1019
- die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge
- 1020
- ermöglicht werden;

- 1021 • das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden, um etwas
1022 Kostenwahrheit zu schaffen.

1023 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer
1024 Bundesregierung ein Stück lebensnäher und exzellenter auszugestalten, soll...

- 1025 • der Lehrplan durch Kompetenzen im Bereich Financial Literacy ergänzt
1026 werden;

- 1027 • die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge
1028 verbessert werden.